



Parteiversammlung der SP Einsiedeln

### **3x Ja zum Schutz unseres Lebensraums**

**An ihrer letzten virtuellen Parteiversammlung fasste die SP Einsiedeln vier Mal die «Ja»- und einmal die «Nein»-Parole. Die Partei setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung unseres Lebensraumes ein, befürwortet nach intensiver Diskussion das Covid-Gesetz und verwirft das Terrorismusgesetz.**

Die letzte Parteiversammlung der SP Einsiedeln stand ganz im Zeichen der eidgenössischen Abstimmungen vom 13. Juni. Mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz, der Trinkwasser- und Pestizid-Initiative geht es sowohl um den weiteren Schutz als auch um eine nachhaltige Entwicklung unseres Lebensraums. Beim Umweltschutz und in der Klimapolitik ist in der jüngsten Vergangenheit viel passiert. Es gilt, die langfristigen Ziele mit grosser Konsequenz umzusetzen. Eine Verzögerung wäre fatal. Da setzt das CO<sub>2</sub> Gesetz an: mit marktwirtschaftlichen Lenkmassnahmen sollen Klimaziele zeitgerecht erreicht werden. Die oft so beklagte Mehrbelastung ist ein Scheinargument, fliessen die zusätzlichen Mittel doch verursachergerecht zurück zu den Konsumenten. Tiefe Einkommen dürften davon profitieren. Zudem werden nachhaltige Projekte und Forschung gefördert, was der Wirtschaft zugutekommt. Um den Schutz unserer Lebensgrundlage geht es auch bei den Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen. Die beiden Vorlagen richten sich nicht gegen die Landwirtschaft, sondern eröffnen Chancen für ihre Erneuerung und nachhaltige Entwicklung. Grosse Fortschritte wurden in den vergangenen Jahren bereits gemacht – es gilt diese mit aller Konsequenz weiterzuführen. Der Landwirtschafts-Lobby in Bern scheint dies nicht zu passen. Das Festhalten am System der Direktzahlungen an eine Landwirtschaft, die Trinkwasser und Böden belastet, ist aus Sicht der SP unhaltbar und gegenüber den nächsten Generationen verantwortungslos. Eine steigende Anzahl von Betrieben zeigt vor, wie nachhaltige Landwirtschaft erfolgreich ist. Dieser innovativen Landwirtschaft gehört der Steuerfranken und nicht einer Landwirtschaftspolitik, die angebotsorientiert denkt und am Gängelband der chemischen Industrie wirtschaftet. Die SP Einsiedeln sagt zu allen drei «Umweltvorlagen» klar «JA».

Zu einiger Diskussion führte das Covid-Gesetz. Viele Anwesende sind längst nicht mit allen Massnahmen, die der Bundesrat und die Kantone in den letzten über 12 Monaten ergriffen hatten, einverstanden. Die gesellschaftlichen Schäden werden als bedeutend eingeschätzt. Trotzdem stimmt eine grosse Mehrheit der Parteimitglieder dem Gesetz zu, würde ein Nein doch keine Massnahmen zu verhindern vermögen (diese werden unter dem Epidemie-Gesetz gefasst). Das Gesetz wickelt hingegen die negativen Auswirkungen der Covid-Krise einfach ab und ist zudem zeitlich auf Ende 2021 beschränkt. Sehr kontrovers wurde auch das Terrorismusgesetz diskutiert. Die Absicht des Gesetzes ist ehern, deren Ausgestaltung lässt staatspolitische Fragen wie die Respektierung der Gewaltentrennung offen. Störend wirken bei einigen Anwesenden der schwammige Terrorismus-Begriff und die Möglichkeit der Polizei, bei blossem Verdacht mit einschneidenden Massnahmen aktiv werden zu können. Skeptisch wird auch die Annahme beurteilt, ob mit dem Gesetz überhaupt terroristische Aktionen verhindert werden können, oder ob nicht mehr Mittel in die immer noch stiefmütterlich ausgerüstete digitale Früherkennung gesteckt werden müsste. Eine knappe Mehrheit der SP Einsiedeln sprach sich gegen das Gesetz aus.